

Nach der NSU-Enthüllung – Thüringens NPD geht in die Offensive

Seit dem Bekanntwerden der Mord- und Anschlagsserie, die von dem selbsternannten „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) begangen wurde, mehren sich die Rufe nach einem NPD-Verbot. Verwiesen wird dabei auf direkte Verbindungen zwischen NSU und NPD, die mit der Verhaftung von Ralf Wohlleben eine gewisse Evidenz erhalten haben. Dem aus Jena stammenden ehemaligen NPD-Funktionär Wohlleben wird vorgeworfen dem direkten Umfeld von Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Bönhardt anzugehören und sogar bei der Beschaffung einer Waffe behilflich gewesen zu sein. Dass selbst innerhalb der NPD manche eine enge Verbindung zum NSU zumindest nicht auszuschließen sind, spiegelt sich etwa in dem geschlossenen Rücktritt des NPD-Kreisverbandes Greiz, der Anfang Dezember 2011 mit der Verhaftung von Wohlleben begründet wurde, wieder. Ebenso war Patrick Wieschke, heute NPD- Stadtratsmitglied in Eisenach, im Thüringer Heimatschutz aktiv. Jene Gruppierung also, die in direktem Zusammenhang mit dem Kern des NSU genannt wird. Ein weiteres Indiz für die Nähe der NPD und dem NSU ist die jüngste Verhaftung des ehemaligen Thüringer JN-Funktionärs Carsten Schultze, der den NSU direkt unterstützt haben soll.

Vermuten ließe sich nun, dass sich gerade Thüringens NPD in Zurückhaltung übt. Betrachtet man allerdings das Auftreten und Agieren der Partei bzw. ihrer Repräsentanten, so wird eine gegenläufige Strategie erkennbar. Beschreiben könnte man diese mit 'Anschuldigungen von sich weisen und schnell in alle Richtungen zurückschießen'. Dabei treten Thüringens NPD-Funktionäre markiger und offensiver auf als noch vor den NSU-Enthüllungen.

Ausgangspunkt bildet das konsequente Leugnen von Verbindungen zu gewaltbereiten Neonazis überhaupt, sowie die Abwehr jeglicher Schuldzuweisung. Hier werden die rechten Morde und Anschläge gar zu einem staatlich „inszenierten Terror“, bei dem der Verfassungsschutz nicht als „Beobachter“ oder „Initiator“ sondern gar als „Täter“ aufgetreten sei. Soll heißen, die Taten des NSU wurden von Mitarbeiter_innen des Verfassungsschutzes begangen, um der „nationalen Bewegung“ ergo der NPD Schaden zuzufügen. Verbreitung findet diese NPD-eigene Deutung insbesondere auf den Internetseiten und Social-Network-Profilen der extrem rechten Partei sowie in allen zehn hauseigenen Regionalzeitungen, die im Dezember nach eigenen Angaben mit einer Gesamtauflage von 200.000 erschienen sein soll.

Thüringens NPD bleibt konsequent bei dieser Darstellung und untermauert diese mit Strafanzeigen. So stellte der NPD-Landesvorsitzende Frank Schwerdt im Dezember 2011 Strafanzeige gegen den Thüringer Verfassungsschutz wegen des „Verdacht auf Unterstützung von Straftätern, Vereitelung von Straftaten“. Werden Einzelpersonen wie etwa Patrick Wieschke in die Nähe des NSU gerückt, reagieren auch diese mit harschen Worten und wehren sich gegen die vermeintliche Verleumdung. Die beschriebene Strategie geht allerdings nur auf, sofern sich die Partei auch in allen weiteren Belangen verhält, als sei nichts gewesen. Bereits kurz nach Enthüllung der NSU-Aktivitäten trat Wieschke bei einer rechten Demonstration in Gera als Redner auf, an der ebenfalls eine hohe Zahl an Personen aus dem gewaltbereiten Spektrum der „Freien Kräfte“ teilnahm. Im Wartburgkreis feierte das regionale NPD-Zeitungsprojekt 'Wartburgkreisbote' mit dem extrem rechten Liedermacher Sleipnir Weihnachten und Thorsten Heise macht alle Anstalten den diesjährigen „Eichsfelder Heimattag“ zu etablieren. Insgesamt tritt an die Stelle einer zu vermutenden Zurückhaltung der Gang in die Offensive.

Auch wenn die NPD seit den NSU-Enthüllungen in die Offensive geht, wird an einigen Stellen deutlich, dass die Abgrenzung zu Gewalt aber auch zu den Taten des NSU nur vordergründig sind. Weiterhin bestehen keine Berührungängste zu gewaltbereiten Kräften aus dem Spektrum der „Freien Kräfte“ und wenn beispielsweise im Geraer Stadtrat, bei einer Gedenkminute für die Opfer der aufgedeckten Mordserie, lediglich die Abgeordneten der NPD sitzen bleiben, wird eine Abgrenzung von dem 'Nationalsozialistischen Untergrund' ad absurdum geführt.